

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Harald Güller

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gerd Mannes

Abg. Andreas Jäckel

Abg. Annette Karl

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Albert Duin

Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)

**Premium Aerotec in Augsburg vor der Zerschlagung retten. Arbeitsplätze sichern, technologische Kompetenz in Bayern halten und weiterentwickeln
(Drs. 18/16399)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Attraktive ordnungspolitische Rahmenbedingungen für die bayerische Luftfahrtindustrie schaffen - heimische Flugzeugbauer wie Premium Aerotec fördern und entlasten (Drs. 18/16422)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayern als Luft- und Raumfahrtstandort langfristig sichern, Kompetenzen und Arbeitsplätze erhalten (Drs. 18/16423)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Airbus-Konzern plant eine weitgehende Umstrukturierung, die auch die Firma Premium Aerotec, eine hundertprozentige Tochter, betrifft. Dabei geht es um Standorte in Augsburg, in Varel, in Stade, in Nordenham, in Bremen und in Hamburg, also nicht nur um einen Standort

in Bayern. In Augsburg, einem Luftfahrtstandort mit über hundertjähriger Tradition, droht den Werken eine Zerschlagung. Diese Zerschlagung bedroht 2.700 Arbeitsplätze in der Region. Sie bedroht hoch qualifizierte Arbeitsplätze, sie bedroht aber auch den Technologiestandort Bayern.

Deshalb machen wir dies heute zum Thema in diesem Landtag. Wir sind der Auffassung, dass es darum gehen muss, Premium Aerotec beim Airbus-Konzern zu halten. Deswegen, Herr stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Aiwanger, gingen Ihre Äußerungen in der "Augsburger Allgemeinen", man sollte sich keine so großen Sorgen machen, es käme ja ohnehin nur ein Premiuminvestor infrage, in die völlig falsche Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Wir sprechen uns dafür aus, dass Premium Aerotec beim Airbus-Konzern bleibt. Ich denke, wenn wir heute vernünftig miteinander umgehen, können wir hier eine gemeinsame Linie finden. Diese gemeinsame Linie muss wie folgt aussehen:

Erstens. Wir machen auf Bundesebene all unsere Möglichkeiten geltend. Die Bundesrepublik Deutschland hält 11 % von Airbus. Für den Wirtschaftsminister besteht somit auf Bundesebene die Möglichkeit, wirtschaftspolitisch Einfluss zu nehmen. Der Staat Frankreich macht es uns mit einer ungefähr gleich großen Beteiligung fast jede Woche vor. Er macht seinen Einfluss geltend. Auch wir müssen unseren Einfluss geltend machen.

Eine Möglichkeit, sich klar zu positionieren, bietet sich an diesem Freitag. An diesem Freitag findet – dieses Mal virtuell – die Nationale Luftfahrtkonferenz statt. Ministerpräsident Söder hat zusammen mit dem niedersächsischen Ministerpräsidenten, Stephan Weil, der sich heute bei einer virtuellen Betriebsversammlung bei Premium Aerotec bzw. bei Airbus auch schon klar und eindeutig geäußert hat, die Möglichkeit, Pflöcke einzuschlagen. Er kann klarmachen, wie wichtig uns in Bayern der Standort Augsburg, insbesondere aber auch die Kompetenz dieses Werkes in Augsburg ist.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir haben als Freistaat Bayern nicht nur die Möglichkeit, in Berlin vorstellig zu werden und unseren Einfluss auf den Airbus-Konzern geltend zu machen, sondern können auch durch eigene Förder- und Forschungsprogramme tätig werden.

Ich höre die markigen Worte des Ministerpräsidenten zur Zukunft von Luft- und Raumfahrt in Bayern wohl. Ich höre, wie toll alles sei und wo wir überall nach vorne gingen. – Ja, da hat er recht. Die Luft- und Raumfahrt ist in Bayern ein wichtiger Faktor. Die Luftfahrtbranche steht vor großen Herausforderungen: Entwicklung hin zu einer emissionsfreien Luftfahrt ist ein wichtiges Ziel. Dieses Ziel hat auch wichtiges Potenzial für den Klimaschutz, aber eben auch für qualifizierte und langfristig sichere Arbeitsplätze in Bayern und am Standort Augsburg.

(Beifall bei der SPD)

Man schützt aber all dies nicht durch Worte allein, sondern den Worten müssen Taten in Form von Förder- und Forschungsprogrammen in Bayern folgen. Das müssen Förder- und Forschungsprogramme sein, für die sich dann insbesondere Premium Aero-tec qualifizieren kann, für die das Unternehmen qualifizierte Angebote abgeben und an denen es sich beteiligen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, und wir wollen eine Berichterstattung im Wirtschaftsausschuss, damit das Ganze nicht ein einmaliger Aufschlag im heutigen Plenum bleibt und damit dieser Landtag auch klarmacht, wie wichtig ihm das Thema ist und dass er an diesem Thema dranbleibt; der Landtag muss auch klarmachen, dass die Staatsregierung handelt und zum Beispiel die Position von Herrn Aiwanger korrigiert. Im Wirtschaftsausschuss muss klarwerden, was geschehen ist und wo wir in den nächsten Monaten und auch Jahren noch Handlungsmöglichkeiten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Augsburg und im Sinne der Unterstützung des Konzernbetriebsrates und der IG Metall bitte ich Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

Die CSU hat einen Antrag als Nachzieher vorgelegt. Dort heißt es: Der Landtag unterstützt die umfassenden Aktivitäten und dankt der Staatsregierung. – Na ja, wolkig, völlig unkonkret, sehr, sehr allgemein gehalten! Überall dort, wo Sie die Möglichkeit gehabt hätten, konkrete Aussagen zu machen, haben Sie die Chance dazu leider versäumt.

Nichtsdestoweniger ist der Antrag ein positiver Anfang. Vielleicht könnten die Rednerinnen und Redner von FREIEN WÄHLERN, CSU und der Staatsregierung heute noch etwas konkreter werden; dann wäre von unserer Seite eine Zustimmung zu diesem Antrag möglich. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Herr Güller, ich gebe Ihnen in einem Punkt recht: Der Standort Augsburg muss als Luftfahrtstandort erhalten bleiben. Das ist eine sehr gute Initiative.

Ich erinnere Sie aber daran, dass Sie Mitglied der SPD sind. Sie haben gerade auf die Bundesebene verwiesen. Sie sind als SPD dort natürlich Mitglied in der Regierung. Da ist natürlich einiges schiefgelaufen. Woran liegt denn die französische Dominanz und Durchsetzungskraft, die Sie erwähnt haben? – Dass man da sehr nachgiebig ist, liegt unter anderem mit an der SPD.

Unser Antrag zielt darauf ab, nicht so kurzfristig zu denken, sondern längerfristig vernünftige Industriepolitik zu machen. Sie sind mit Ihrer Klimapolitik und Ihrer Überbüro-

kratisierung doch der Vorausmarschierer für die Deindustrialisierung des Standorts Deutschland.

Natürlich ist es auch wichtig, dass – ich sage das mal so – die Bundeswehr in der Luftfahrtindustrie als Käufer und Kunde auftritt.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit.

Gerd Mannes (AfD): Sie als SPD haben auch die Bundeswehr kaputtgespart. Ich frage mich, wie Sie sich hier hinstellen und mit gutem Gewissen so reden können. Das geht nicht.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Güller, bitte.

Harald Güller (SPD): Offensichtlich haben Sie nicht zugehört.

(Zuruf)

Oder Sie haben, wie ich befürchte, es an dieser Stelle inhaltlich nicht verstanden.

Ihr Antrag besteht aus einer Anhäufung von Plattitüden, die noch dazu falsch sind. Sie wollen den Standort Augsburg unter anderem dadurch retten, dass Sie die Unternehmensteuer in Deutschland zu senken. – Sie müssen mir an dieser Stelle mal erklären, was die Unternehmensteuer – also in den Konzern noch mehr Geld hineinzublasen – mit dem Erhalt der Arbeitsplätze in Augsburg zu tun haben soll; in Augsburg geht es darum, dass hier eine neue Gesellschaft geschaffen werden soll, wobei die Gefahr besteht, dass diese Gesellschaft in wenigen Jahren verkauft wird und das Know-how in andere Länder abwandert. Sie haben eventuell auch mitbekommen, dass ich unter anderem die Initiative von Ministerpräsident Stephan Weil aus Niedersachsen erwähnt habe. Wenn ich mich richtig erinnere, ist Stephan Weil seit langen Jahren überzeugtes Mitglied meiner Partei.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Güller. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Güller, ja, der Aerotec-Standort in Augsburg und dessen Arbeitsplätze müssen natürlich erhalten bleiben. Wir als AfD stehen hinter unserer bayerischen Luftfahrtindustrie. Es ist aber einfach unglaublich, wenn Sie als SPD sich hier als Retter der Industriearbeitsplätze aufspielen.

Sie waren seit 1998 fast immer Teil der Bundesregierung. Damit ist die SPD für die verheerende Industriepolitik der vergangenen Jahrzehnte und die französische Dominanz im Airbus-Konzern mitverantwortlich. Wenn Industriekonzerne heute dazu gezwungen sind, Standorte zu schließen und Arbeitsplätze abzubauen, dann ist das vor allem die Schuld der Großen Koalition. Es ist lächerlich, im Bundestagswahlkampf so zu tun, als würden Sie sich für den Erhalt der Industriearbeitsplätze einsetzen.

Das Bundesministerium für Umwelt hat gerade ein Klimaschutzgesetz erarbeitet, das zur weitgehenden Deindustrialisierung Deutschlands führen könnte. Im Rahmen des fantastisch erzwungenen Umstiegs in die Elektromobilität werden fast 400.000 Arbeitsplätze vernichtet und Hunderttausende Familien ins Unglück gestürzt. Durch den ideologischen Kampf gegen das Fliegen kann sich die Luftfahrtbranche nicht von der destruktiven Corona-Lockdown-Politik erholen.

Die Forderungen in Ihrem Schaufensterantrag sind kurzfristig natürlich schon richtig. Wir brauchen aber eine vernünftige und zukunftsweisende Industriepolitik, sonst laufen wir Gefahr, dass weitere Industriezweige, ein Standort nach dem anderen, schließen. Mit Subventionen und dem Einsatz der Bundesregierung allein ist es da nicht getan.

Wir als AfD fordern seit Jahren eine systematische Verbesserung der Standortbedingungen und der Ordnungspolitik in Bayern. In unserem Antrag fordern wir, die Rahmenbedingungen für die Luftfahrtindustrie und die Industrieproduktion im Allgemeinen deutlich zu verbessern. – Das haben Sie richtig erkannt, aber um noch ein paar Punkte aufzuzählen: massive Senkung der Energiekosten, steuerliche Entlastung und zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung – da sind wir uns wieder einig. Die CO₂-Steuer ist umgehend zu streichen, ebenso das unbezahlbare EEG: den ideologischen Kampf gegen Inlandsflüge müssen wir in dem Zusammenhang natürlich auch einstellen. Maßnahmen zur Modernisierung der kaputtgesparten Bundeswehr: Wir müssen die Luft- und Raumfahrtindustrie zukünftig mit Aufträgen versorgen.

All das sind zukunftsweisende industriepolitische Maßnahmen, die seit 1998 von der SPD, von Ihrer Partei, und der CSU konsequent blockiert wurden. Deswegen enthalten wir uns zu Ihrem Antrag, weil er für die Luftfahrtindustrie aus unserer Sicht langfristig keine Perspektive aufzeigt.

Den Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER habe ich nur als Dankeschreiben an die Staatsregierung verstanden. Wenn man ihn so stehen lässt, müssen wir ihn leider ablehnen. Mal schauen, was in der Rede noch kommt.

Ansonsten bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Andreas Jäckel das Wort.

Andreas Jäckel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Der Kollege Güller hat die Thematik aus Augsburger Sicht schon sehr gut dargestellt in dem Sinne, welche Bedeutung dieser Standort in Augsburg gerade für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien

hat. Ich selber wohne nicht allzu weit davon entfernt; deshalb kann ich das mehr als jeder andere gut nachvollziehen.

Es wird beklagt, dass zu wenig konkret da ist. Ich glaube, es ist wichtig, noch mal festzustellen – ich muss all die Einzelschritte weglassen, weil ich nur noch zweieinhalb Minuten Redezeit habe –, dass wir uns eigentlich auf den Weg gemacht haben. Kollege Güller, Sie haben das schon schön dargestellt. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass diese Arbeitsplätze möglichst komplett in Augsburg bleiben. Sie sind qualitativ hochwertig, sie sind in einer Weise nicht zu ersetzen. Das zeigt auch, wie wichtig Industriestrukturen nach wie vor sind. Bei aller Start-up-Thematik, einer neuen Branche, bei allen neuen Themen, die wir mit neuen Berufen haben – wir brauchen die Infrastruktur von Industriestandorten, und dazu gehört zweifelsohne die Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern.

Der Antrag ist kein Dankeschreiben an die Staatsregierung. Im dritten Absatz wird sie aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Belange der Region Augsburg und die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt und zum Erfolg geführt werden.

Kollege Güller hat es schon angesprochen: Wir sind nicht alleine betroffen; es ist vor allem auch Niedersachsen betroffen mit einem Werk in Bremen, aber auch einem Werk in Hamburg im Verbund. Es geht nur gemeinsam. Wir werden solche Konzerne nicht im politischen Streit und schon gar nicht hier im Landtag davon überzeugen, anders zu entscheiden. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die vorhandene Struktur in Zukunft erfolgreich ist.

Bayern hat das Förderprogramm BayLu25 aufgelegt. Hieraus hat Premium Aerotec im ersten Los bereits Geld bekommen. Sie wissen selber, wir haben hier schon öfter über das KI-Netzwerk, über die 92 Millionen Euro, die in den Jahren 2021 bis 2025 in die Region Augsburg fließen, gesprochen – natürlich nicht nur für die Luft- und Raumfahrt,

sondern branchenübergreifend. Das ist ein Aufschlag, aus dem die Luft- und Raumfahrt Gelder bekommen kann. Das sind die Punkte, die wir benennen müssen.

Ich glaube, beim Ministerpräsidenten brauchen wir uns keine Sorgen zu machen, dass er sich nicht ganz klar zum Luft- und Raumfahrtstandort Bayern positioniert, dass er seinem niedersächsischen Kollegen hierin nicht nachsteht, das gemeinsam zum Erfolg zu führen.

Wir werden die Dringlichkeitsanträge der SPD und der AfD ablehnen. Unser nachgezogener Dringlichkeitsantrag bildet all das ab, was notwendig ist, um die Sache zum Erfolg zu führen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Jäckel, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es liegen zwei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor; die erste kommt vom Herrn Abgeordneten Mannes, AfD.

Gerd Mannes (AfD): Herr Jäckel, wenn so eine Industriebranche in großen Schwierigkeiten ist, verstehe ich nicht ganz den Sprachduktus dieses Antrags. Sie haben sich darin selber gelobt, was Sie dafür alles schon getan haben. Wir haben gehört, der Standort und die Arbeitsplätze sind wirklich in Gefahr. Da muss ich fragen: Hat das etwas geholfen, oder nicht?

Sie haben gerade gesagt, Sie wollen sich mit Nachdruck für die Interessen dieser Beschäftigten einsetzen. Sie haben ein bisschen über das Verteilen von Geld gesprochen. Sie machen eine industriefeindliche Politik. Nennen Sie mir einfach zwei, drei Beispiele, was Sie konkret tun wollen! Was meinen Sie konkret damit, sich mit Nachdruck einzusetzen, außer ein bisschen Geld zu verteilen? Was bleibt, ist diese industriefeindliche Haltung der Großen Koalition. Was konkret wollen Sie da machen?

Andreas Jäckel (CSU): Eine Koalition ist immer eine Mischung aus mehreren Parteien, die dann Kompromisse finden. Bayern erlebt nicht nur Zuzug an Menschen, son-

dern auch permanent Zuzug an Arbeitsplätzen. Wir haben natürlich die Corona-Situation als Sondersituation, aber Sie brauchen sich doch bloß die Zahlen der letzten Jahre anzuschauen. Es sind eben nicht nur prekäre Arbeitsverhältnisse, es sind nicht nur 450-Euro-Jobs. Dem Arbeitnehmer in Augsburg bei Premium Aerotec hilft das nichts. Man kann nicht hier im Landtag Verhandlungen mit Konzernen auf offener Bühne führen. Es ist letztendlich immer noch ein Stück weit ein privates Unternehmen, auch wenn es staatliche Möglichkeiten zur Einflussnahme gibt, die aber begrenzt sind. Wir können das nicht völlig substituieren.

In Bayern wird ganz bestimmt keine arbeitnehmer- und industriefeindliche Politik gemacht. Das weise ich strikt zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Annette Karl von der SPD.

Annette Karl (SPD): Lieber Kollege Jäckel, Sie haben eben gesagt, Sie haben keinen Zweifel, dass sich Herr Ministerpräsident Söder zu Ministerpräsident Weil dazustellen. – Daran habe ich auch keine Zweifel. Es geht aber nicht nur darum, sich danebenzustellen, sondern es geht um ein klares, eindeutiges Bekenntnis, auch laut und in der Öffentlichkeit. Deswegen frage ich Sie ganz konkret – also Butter bei die Fische! –: Was wird die Staatsregierung morgen beim Luft- und Raumfahrtgipfel sagen und vorschlagen, um Premium Aerotec am Standort Augsburg zu retten und sich dafür einzusetzen?

(Beifall bei der SPD)

Andreas Jäckel (CSU): Ich glaube, wir müssen schon die Aufgabenstellung richtig sehen. Wir sind der Landtag. Wir haben hier auch entsprechend die Anträge gestellt. Ich habe das vorhin schon erwähnt. In unserem Antrag ist das vorgesehen.

Ich glaube, Sie können nicht erwarten, dass ein Abgeordneter hier im Landtag erzählt, was der Ministerpräsident in Verhandlungen mit einem anderen Ministerpräsidenten, mit Vertretern der Industrie und der Branche bzw. des Unternehmens macht.

Insofern nehme ich auf, dass wir alle guten Willens sind. Ich glaube aber nicht, dass wir hier Dinge tun sollten, die völlig absurd wären.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Jäckel. – Es folgt die Rede von Frau Kollegin Eva Lettenbauer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Die Beschäftigten von Premium Aerotec mahnen zu Recht an, dass sie bei sich daheim in Augsburg weiterhin einen Arbeitsplatz haben wollen.

Wir GRÜNE wollen, dass es in Bayern zukunftsfähige Arbeitsplätze gibt und diese erhalten werden. Deshalb unterstützen wir, dass sich die Politik aktiv einbringt. Sie muss aktiv werden, um den Betriebsstandort Augsburg und die dortigen Arbeitsplätze zu erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Punkt stimmen wir ausdrücklich zu. Was wir aber nicht unterstützen, das ist, dass Politik pauschal das "Weiter so!" der bayerischen Luftfahrtindustrie möglich macht, ohne Zukunftskriterien einzufordern, wie, sich in Richtung Klimaneutralität aufzumachen.

Die bayerische Wirtschaft verändert sich gerade. Diese Veränderung ist eine gute. Denn damit der Standort Bayern auch in Zukunft florieren und weiterbestehen kann, braucht es Veränderung. Wenn wir in Bayern auch in Zukunft Beschäftigungsstandorte erhalten wollen, dann müssen wir Wirtschaft und Ökologie zusammen denken und dadurch zukunftsfähige Arbeitsplätze erhalten und schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer mehr Unternehmen setzen auf die ökologische und soziale Umstellung ihres Betriebes. Genau hier liegt der Stein des Anstoßes, liebe Kolleg*innen von SPD und CSU. Sie formulieren in Ihren Anträgen, dass der Bayerische Landtag von der Staatsregierung erwarten sollte, dass pauschal Hilfs- und Förderangebote für die Luftfahrtbranche in Bayern geschaffen werden. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, sichert nicht per se Zukunftsperspektiven.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir eine Zukunftsperspektive schaffen wollen, dann müssen wir nachhaltig handeln. Wir brauchen Unternehmen, die langfristig und nachhaltig wirtschaften, auf Klimaneutralität achten und den wichtigen sozialen Aspekt dabei nicht vergessen. Politik, wir müssen deshalb Rahmenbedingungen so setzen, dass sie die notwendigen Veränderungsprozesse in der Luftfahrtbranche unterstützen. Wenn wir das nicht einfordern, verschleppen wir geradezu Zukunftsinvestitionen. Diese Zukunftsinvestitionen würden aber Arbeitsplätze in Bayern erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen also ökologisch und sozial subventionieren. Nur so wird aus einer öffentlichen Förderung auch eine Investition und keine reine Verwaltung des Status quo, der uns – das möchte ich hier auch so anmerken – perspektivisch die Luft zum Atmen nehmen wird.

Der Freistaat Bayern ist der Wirtschaftsmotor Deutschlands. Wir müssen unsere Firmen unterstützen, auf eine klimaneutrale Produktion umzustellen, damit sich der Wirtschaftsstandort Bayern zukunftsfest weiterentwickeln kann.

Augsburg hat in seiner langen Geschichte schon viel Strukturwandel erlebt, unter anderem den Wegfall der Textilindustrie, aber auch im letzten Jahrzehnt große Betriebe verloren. Gleichzeitig zeigt die Stadt als Umweltstadt und mit den Forschungsschwer-

punkten Materialwissenschaften und Leichtbau, dass Veränderung nicht nur nötig, sondern auch möglich ist und dabei sogar "Made in Schwaben" sein kann.

Wir GRÜNE wollen Arbeitsplätze in Bayern erhalten, und zwar langfristig und nicht auf kurze Zeit. Zukunftsfähige Arbeitsplätze bietet nur eine Luftfahrtindustrie, die nachhaltig wirtschaftet und klimaneutral produziert. Genau das wollen wir einfordern und dann unterstützen. Deshalb werden wir uns bei den Dringlichkeitsanträgen sowie bei den Nachziehern enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Lettenbauer. Ihre Rede hat drei Zwischenbemerkungen ausgelöst. Die erste kommt von Frau Kollegin Annette Karl, SPD.

Annette Karl (SPD): Liebe Frau Kollegin, Sie haben in Ihrer Rede viele wolkige Plattitüden von sich gegeben, und Sie erinnern damit in Ihrer Art durchaus an Ihre Kanzlerkandidatin.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Bloß, was in der schönen grünen Welt vielleicht funktionieren mag, ist in der Realität doch etwas schwierig. Um den Strukturwandel, den wir alle wollen, in der Luft- und Raumfahrtindustrie gestalten zu können, in Deutschland, am Standort Augsburg, ist es zunächst erst einmal notwendig, diesen Standort auch zu erhalten. Wenn der Standort ausgegliedert wird, die Firma dort verkauft wird und die Arbeitsplätze nach Osteuropa verlagert werden, haben wir nämlich überhaupt nichts gewonnen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb meine konkrete Frage: Bekennen Sie sich hier, heute und jetzt zu dem Standort Augsburg, damit man dann gemeinsam die Transformation auch dieser Industrie

vorantreiben kann, mit den gut ausgebildeten und weiterbildungsfähigen Arbeitnehmern? Oder tun Sie das nicht?

(Beifall bei der SPD)

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Vielen Dank für die Nachfrage. Den Vergleich mit einer Kanzlerkandidatin sehe ich jetzt einfach mal als Kompliment an.

Zu Ihrer Nachfrage: Ja, ich habe explizit gleich zu Beginn gesagt, dass wir dem Punkt, nämlich dass der Standort in Augsburg erhalten werden soll, ausdrücklich zustimmen. Nur sagen wir: Diese politische Unterstützung muss an Kriterien geknüpft sein. Wir haben es doch in unserem Land vielmals erlebt, dass es auch in der Bevölkerung kritisiert wird, wenn Politik Unternehmen mit Geldern unterstützt, ohne Vorgaben zu machen, was genau in den nächsten Monaten und Jahren passieren soll.

Daher: Ja, ein Bekenntnis zum Standort Augsburg, verbunden mit der Aufforderung, dass Politik von Premium Aerotec in Augsburg einfordern soll, den Standort nachhaltig weiterzuentwickeln und einen Maßnahmenplan in Richtung Klimaneutralität aufzusetzen. Nur dann, mit so einem Gesamtpaket, ist den Beschäftigten wirklich geholfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Lettenbauer, wenn ich das Wort Klimaneutralität höre, denke ich immer an das EEG. Das wird nämlich mit 30 Milliarden Euro im Jahr subventioniert. Sie wissen wahrscheinlich genauso gut wie ich, dass man momentan halt nicht klimaneutral fliegen kann. Der Punkt ist doch: Wie beim EEG den Strom betreffend, produziert die deutsche Luftfahrtindustrie doch auch nicht nur für Deutschland, sondern wir produzieren doch für die internationalen Märkte. Das muss Ihnen doch klar sein. Bei Ihren Ausführungen frage ich mich, ob Sie die Arbeitsplätze – ich sage mal – schlicht plattmachen wollen, weil Sie offensichtlich nicht wahrhaben wollen, dass

man hier für den internationalen Markt produzieren muss. Da hilft es nichts, wenn man das sozusagen in der Blase klimaneutral für Deutschland machen will. Ist Ihnen das klar? Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage wäre: Wie stehen Sie zu der kaputtgesparten Bundeswehr? Sind Sie der Meinung, dass man dafür wieder mehr Aufträge an die deutsche Luftfahrtindustrie vergeben sollte?

Da wären die zwei Fragen, die ich hätte.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Auch auf dem internationalen Markt ist ganz eindeutig zu erkennen, dass sich unter anderem der große Player USA wieder – und zum Glück wieder – ganz eindeutig zu dem 1,5-Grad-Ziel und zum Klimaschutz bekennt. Daher ist es die zukunftsfähige Aufstellung von Unternehmen, wenn man sich danach ausrichtet, das eigene Produktportfolio auch in Richtung Klimaneutralität weiterzuentwickeln. Selbstverständlich braucht es eine einsatzfähige Bundeswehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Albert Duin, FDP.

Albert Duin (FDP): Liebe Frau Lettenbauer, wenn ich das richtig verstehe – ich fasse das ganz kurz zusammen –, gibt es Unterstützung nur, wenn ihr unserer grünen Ideologie folgt.

(Zuruf: Genau!)

Sonst gibt es nichts. Es gibt aber Industriezweige, die nicht umzustellen sind oder noch in zehn Jahren nicht umzustellen sind. Wir sind dabei, aber es wird nicht funktionieren. Auf reine Lippenbekenntnisse wollen Sie sich doch nicht verlassen. Ich glaube, an erster Stelle muss die Rettung der Arbeitsplätze stehen. Nur das steht an erster Stelle. Zu sagen, die Unterstützung bekommt ihr nur, wenn ihr umstellt, das finde ich

schon frech. Das sollten wir schon auch ein bisschen der Industrie überlassen und nicht allein der Ideologie der GRÜNEN.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Ich denke, wir wissen alle sehr gut, dass es ein "Weiter so!" zementiert, wenn man Arbeitsplätze nur erhält, ohne Bedingungen daran zu knüpfen. Wo bleibt dann der Anreiz? Ich kenne viele Unternehmen, die bereits auf dem Weg sind. Ja, wir GRÜNE unterstützen selbstverständlich auch diejenigen Unternehmen, die noch nicht auf dem Weg in Richtung Klimaneutralität sind. Aber wenn es um Hilfspakete und Subventionen geht, dann muss klar sein, dass man sich ab dem Zeitpunkt der staatlichen Unterstützung zumindest auf den Weg macht und vorlegt, wohin man sich entwickeln will. Wenn unklar ist, ob es überhaupt eine Bereitschaft zu einer zukunftsfähigen Ausrichtung in Richtung Klimaschutz gibt, dann darf es auch keine staatliche Unterstützung geben. Aber ich bin mir sicher, dass sich hier auch Bekenntnisse einfordern lassen können. Das wäre jetzt Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Lettenbauer. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Herr Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Anträge zur Luft- und Raumfahrt stellt, dann begrüßen wir das sehr. Aber – das geht vor allem an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, aber auch an die SPD – dann sollte man im Deutschen Bundestag nicht konsequent gegen die Rüstungsindustrie und gegen den Luftverkehr arbeiten; denn das sind die Bereiche, die Unternehmen wie Premium Aerotec oder den Mutterkonzern Airbus Industrie stützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Airbus Industrie ist der größte deutsche Rüstungskonzern, und selbstverständlich ist das, was Premium Aerotec macht, sowohl zivile als auch militärische Luft- und Raumfahrt. Diese Kritik muss an dieser Stelle schon sein.

Frau Kollegin Lettenbauer, Frau Kollegin Karl hat es wunderbar, wolzig, blumig dargestellt. Ich sage Ihnen: Sie reden, wir handeln. Ich will das kurz darstellen.

Selbstverständlich ist die Einflussmöglichkeit der Politik auf Konzernentscheidungen begrenzt. Der Airbus-Konzern ist nur zu 26 % in staatlicher Hand. Beteiligt sind Spanien, Frankreich und Deutschland. Früher war das anders. Da gab es die DASA in Deutschland, die CASA in Spanien und die Aérospatiale in Frankreich. Damals hatte man noch größere Einflussmöglichkeiten. Jetzt ist es ein internationaler Konzern; jetzt ist es schwieriger. Gleichwohl – ich denke, das versteht sich von selbst – machen sowohl der Wirtschaftsminister als auch der Ministerpräsident nichts anderes, als bayerische Unternehmen zu unterstützen.

Herr Kollege Güller, Sie haben sogar dargestellt, dass es einen gemeinsamen Brief der beiden Ministerpräsidenten gibt. Also hat Bayern genauso viel getan wie Niedersachsen. Und jetzt stelle ich einmal ganz konkret dar, was wir hier getan haben. Ich war an sehr vielen Dingen, die der Wirtschaftsminister in diesem Bereich getan hat, persönlich beteiligt.

BayLu25, Frau Kollegin Lettenbauer, ist ein Beitrag zum Klimaschutz; denn das bedeutet unter anderem auch den Einsatz von Carbon, von leichteren Materialien, die dazu beitragen, dass weniger Kerosin, weniger Treibstoff, verbraucht wird. Sie sagen: CO₂-neutrale Mobilität auch im Luftverkehr! Sie reden, wir handeln. Das ist Bestandteil der Hightech Agenda.

(Zuruf)

Jetzt sage ich Ihnen, wie man Industriepolitik macht. Man macht Industriepolitik, indem man Anreize für die Unternehmen schafft, dass sie dableiben, und das haben wir bei Lu25 getan. Ich hatte übrigens im Januar 2019 einen Termin mit Premium Aerotec im Wirtschaftsministerium organisiert. Unsere Fraktion hat durch einen Fraktionsantrag eine Million in den Haushalt 2019/2020 hineingebracht. Der Ministerpräsident und Hubert Aiwanger haben das im Mai 2019 in Augsburg auf 20 Millionen aufgestockt. Wir

haben dann über die Hightech Agenda weitere 10 Millionen für Lu25 bereitgestellt. Davon profitiert Premium Aerotec ganz maßgeblich. Das ist unbestreitbar, und das ist richtig.

Der Kollege Hintersberger hat gemeinsam mit mir die Idee gehabt, im Rahmen der Hightech Agenda eine KI-Werkstatt in Augsburg und auch als Satelliten in Kaufbeuren aufzusetzen. Wir haben das in Schwaben manifestiert. Der Herr Ministerpräsident hat 100 Millionen Euro zugesagt, 50 Millionen im Bereich der universitären Forschung, 50 Millionen im Bereich der Wirtschaft. Ich habe zahllose Gespräche mit Prof. Malte Peter, mit Prof. Horn geführt, wie wir das in Augsburg gerade im Hinblick auf CO₂-Neutralität und Luftverkehr aufsetzen können. Wir haben am 21. April 2021 im Technologietransferzentrum in Kaufbeuren in einer virtuellen Konferenz gemeinsam mit Staatssekretär Roland Weigert, der sich auch sehr intensiv engagiert hat, 30 Millionen Euro Förderaufträge ausgelobt. 750 Unternehmen haben sich beteiligt.

Natürlich kann man nicht immer nur ein Unternehmen bedenken, sondern man muss es neutral ausschreiben. Es müssen auch andere zum Zuge kommen. Aber wir tun eine Menge für den Luft- und Raumfahrtstandort Bayern. Schwaben, Augsburg, Allgäu und das nördliche Oberbayern sind die bayerischen Zentren.

Wir handeln, Sie reden. Wir werden die Anträge der SPD und der AfD ablehnen und unserem Antrag selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Annette Karl von der SPD.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Pohl, ich habe ein gewisses Maß an Verständnis dafür, dass Sie die GRÜNEN und die SPD im Bundestag angreifen, um davon abzulenken, dass Ihr Wirtschaftsminister Aiwanger zum Thema Premium Aerotec nichts gemacht hat, außer von einem Premiuminvestor zu schwadronieren. Vielleicht sollte

sich unser bayerischer Wirtschaftsminister etwas weniger auf den Bundestagswahlkampf konzentrieren und stattdessen seinen Aufgaben als Wirtschaftsminister besser nachkommen.

Das, was ich jetzt sage, richtet sich auch an den Kollegen Jäckel, der eben wohl etwas falsch verstanden hat. Die Luft- und Raumfahrtkonferenz am Freitag ist eine öffentliche Konferenz, es gibt keine internen Verhandlungen. Also hätte man sehr wohl mitteilen können, was die Staatsregierung dort zu sagen beabsichtigt. Da eben keine Antwort kam, jetzt die Frage an Sie, Herr Pohl: Wie wird sich Herr Minister Aiwanger bei dieser Konferenz für Augsburg, für Premium Aerotec einbringen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Erstens richtet sich Ihr Antrag an die Bundesebene, auf der Sie an der Regierung beteiligt sind. Zweitens finde ich es einigermaßen anmaßend, wenn Sie dem Wirtschaftsminister hier Untätigkeit vorwerfen. Ich kann Ihnen nur sagen: Im Mai letzten Jahres gab es hier in diesem Haus ein Gespräch, das ich mit initiiert hatte und an dem auch ich teilgenommen habe – Sie waren natürlich nicht dabei –, mit dem Vorstandsvorsitzenden von Premium Aerotec, in dem wir genau über diese Themen und über diese Probleme gesprochen haben. Selbstverständlich hat Premium Aerotec Förderungen erhalten. Selbstverständlich ist Premium Aerotec bei weiteren Förderungen im Spiel. Wir können natürlich nur neutral ausschreiben. Wir dürfen keine direkte Subventionspolitik betreiben. Das ist ganz klar. Aber wir machen das, was wir auf bayerischer Ebene zu tun haben, nämlich die Standortfaktoren für Premium Aerotec so zu gestalten, dass das Unternehmen diesen Standort beibehält und weiter stärkt.

Ich habe erst vorhin mit Mitarbeitern von Premium Aerotec gesprochen. Das, was Sie hier schreiben, ist eine Meinung, aber es gibt auch durchaus eine andere Meinung im Konzern. Sie können sicher sein, dass sich der Wirtschaftsminister selbstverständlich wie in der Vergangenheit auch künftig zu 100 % für Augsburg und für Premium Aerotec einsetzen wird.

(Zuruf)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Albert Duin.

(Beifall bei der FDP)

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD geht uns selbstverständlich allen zu Herzen. Das ist doch klar. Wenn Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, geht uns das zu Herzen. Nur, wir können nicht einfach sagen, wir machen jetzt irgendetwas, damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Vielmehr muss das gut überlegt sein.

Die Luft- und Raumfahrt ist einer der großen Technologiemooren in Bayern. Das ist toll. Wir sind in diesem Bereich wirklich großartig, und unsere bayerische Stärke wird in Zukunft noch mehr und immer weiter in die Luft- und Raumfahrt gehen. Teilweise sind wir weltführend in der Entwicklung. Bei den Mircolaunchern für das neue GPS-System sind wir jetzt auch führend. Da sind wir voll dabei.

So weit, so gut. Aber worin liegt denn unsere Stärke auf diesem Gebiet? Liegt sie wirklich in den großen Konzernen mit Staatsbeteiligung, oder liegt sie eher in den Betrieben des Mittelstands? Oder liegt sie nicht auch zunehmend im Bereich der Startups, die mitarbeiten? Das sind Fragen, denen wir uns stellen müssen. Das haben die Firmen, die ich vorhin genannt habe, gemein. Sie haben keine Verquickung zwischen Staat, Wirtschaft und Politik.

Diese Staatsbeteiligungen machen uns immer wieder große Probleme. Beim Flugzeugbauer Airbus ist der Staat Anteilseigner, Auftraggeber und Subventionsgeber. Jetzt sagen Sie mir einmal, dass es in dieser Richtung keine Interessenkonflikte gibt. Der Staatssekretär, der für die Luftfahrtförderung zuständig ist, ist gleichzeitig für die Beteiligungsaufsicht zuständig. Ich weiß nicht, ob das so richtig ist. Wenn der Staat überhaupt irgendwelche Beteiligungen halten sollte, dann nur dort, wo es ein Markt-

versagen gibt. Ob es in diesem Bereich ein Marktversagen gibt, haben wir noch gar nicht untersucht.

Ich gehe einmal kurz auf den Antrag der AfD ein. Ganz ehrlich, Leute: In diesen Antrag CO₂ und EEG und das ganze Drumherum hineinzuschreiben, passt doch überhaupt nicht dazu. Wir reden hier über einen Standort, der lokal begrenzt ist. Ein ganz großes Problem habe ich damit, dass es jetzt in Deutschland womöglich zu einem Kleinkrieg zwischen den verschiedenen Bundesländern kommt, nämlich zwischen Bayern, Bremen, das auch sehr stark involviert ist, und Niedersachsen. Auch Hamburg, glaube ich, hat noch etwas dazu zu sagen. Lassen wir uns von Airbus auf keinen Fall in eine Bieterschlacht hineinziehen: Wer am meisten gibt, bekommt die Arbeitsplätze. Da müssen wir sehr gut aufpassen und möglichst geschickt verhandeln.

Wir werden uns beim Antrag der SPD enthalten. Beim Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER werden wir uns auch enthalten. Den Antrag der AfD werden wir ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Duin, zwei Bemerkungen. Erstens. Der Wettbewerb zwischen Hamburg, Bremen und Bayern ist in der Tat ein Thema. Ich war 2019 auf eigene Kosten bei der Air Show in Le Bourget und habe dort mit Industrievertretern genau darüber gesprochen. Sie haben gesagt, das sollte gerade nicht passieren; denn wenn wir uns auseinanderdividieren lassen, würden wir die deutschen Interessen vernachlässigen, dann würde sich nur Frankreich freuen. Das darf natürlich nicht passieren. Ich gehe aber davon aus, dass die drei Länder konzertiert handeln.

Die zweite Bemerkung. Sie haben die mittelständische Industrie angesprochen. Ja, das ist zum Beispiel das Allgäu. Dort gibt es gute Mittelständler im Bereich Luft- und Raumfahrt. Ich nenne Grob Aircraft in Mattsies als Beispiel. Diese Unternehmen werden selbstverständlich auch unterstützt. Selbstverständlich sind auch die an dem übergeordneten Ziel des CO₂-neutralen Luftverkehrs ganz maßgeblich interessiert und forschen mit Staatsgeld des bayerischen Wirtschaftsministeriums zu diesem Thema. Ich hoffe, dass sie gute Ergebnisse liefern werden.

Albert Duin (FDP): Lieber Kollege Pohl, tatsächlich haben Sie vorhin gesagt, wie viel Geld vor zwei Jahren in diese Unternehmen gesteckt worden sind. Sie haben vorhin gesagt, dass 20 Millionen Euro in diese Entwicklung von Aeorotec hineingesteckt worden sind. Wissen Sie, dass dafür eine Menge kleiner Mittelständler normal gearbeitet hat? Das Geld ist so hineingeflossen, aber die Mittelständler haben davon nichts bekommen. Dennoch enthalten wir uns bei Ihrem Antrag und beim Antrag der SPD. Den AfD-Antrag lehnen wir ab.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/16399 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Enthaltungen! – Enthaltungen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der FDP und der AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/16422 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die restlichen Fraktionen. Enthaltungen! – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/16423 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER und SPD. Gegenstimmen! – Die AfD. Enthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/16400 mit 18/16403 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils federführend zuständigen Ausschuss verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "COVID-19-Subventionsbetrug in Kliniken lückenlos aufklären" auf Drucksache 18/16398 bekannt. Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)